

1992/93 war allerdings sehr ungewöhnlich, denn sein Büro in Kabul sah er niemals von innen. Die von seinem Erzfeind Ahmad Schah Massud kommandierten "Regierungsgruppen" verhinderten nach dem Fall des einst von der UdSSR gestützten Präsidenten Nadshibullah Hekmatyars Einzug in die afghanische Hauptstadt. Nachdem später in jenem Jahr Pakistan eine Verständigung unter den verfeindeten Mudshahedin-Führern herbeigeführt hatte und Hekmatyar "Premier" in einer "Allparteienregierung" geworden war, wiederholte sich das Spiel. Hekmatyar trat Ende 1993 frustriert zurück und löste gemeinsam mit seinem neuen Verbündeten, dem usbekischen Warlord Abdurrahman Dostam, eine neue Runde des Bürgerkrieges aus. Rücksichtslos beschossen sie Kabul und seine Zivilbevölkerung mit Raketen, wie sie es schon während der sowjetischen Besatzungszeit getan hatten.

Aber militärisch hatte Hekmatyar kein Glück. Sein bisheriger Hauptsponsor Pakistan ließ ihn wegen notorischer Erfolglosigkeit fallen und setzte auf das neue Pferd der Taleban. Die gaben ihm Ende 1995 den Rest. Sie überrannten Hekmatyars Hauptquartier Maidanschahr 40 Kilometer südwestlich von Kabul, eroberten seine Waffen- und Munitionsdepots und brachten das Gros seiner Kämpfer dazu, überzulaufen. Seitdem mußte sich Hekmatyar aufs Verhandeln verlegen. Mit der erneuten Übernahme des Premieramtes hat er nun Erfolg gehabt.

Der nun 50jährige Paschtune Hekmatyar nahm immer eine Sonderstellung unter den Mudshahedin-Anführern ein. Seine radikale islamistische Partei sah sich von Anfang an als Avantgarde unter den verschiedenen islamischen Gruppen an. Mancher Autor schreibt das der Tatsache zu, daß er Anfang der 70er Jahre zwei Jahre lang Mitglied der linksgerichteten Demokratischen Volkspartei Afghanistans gewesen sei. Aber das ist umstritten, genauso wie Gerüchte, er arbeite für den KGB. Hekmatyar war immer nur sein eigener Agent.

Der Paschtune vom Stamme der Kharuti aus Baghlan (Nord-Afghanistan) studierte an der Universität Kabul zwei Semester Ingenieurwissenschaften, bevor er sich der islamischen Studentenbewegung anschloß. Die nahm ihn bald voll in Anspruch. 1972/73, unter dem König, verbrachte er zwei Jahre wegen regierungsfeindlicher Aktivitäten im Knast. 1974 mußte er nach einem angeblichen Putschversuch untertauchen. Im Juli 1975 schlug ein von ihm geleiteter Aufstand in Ostafghanistan fehl, und er floh nach Pakistan. Dort gründete er auch seine Partei, deren Vorsitzender ("Amir") er seit Dezember 1978 ist.

Seine "Verbündeten" während des Krieges gegen die Sowjets - die anderen Mudshahedin-Gruppen - warfen Hekmatyar immer wieder vor, mehr gegen sie als gegen die Sowjets zu kämpfen. Immer wieder tauchten Gerüchte auf, er sei Agent des KGB oder der afghanischen Regierung. Diese Behauptung

stützte zum Beispiel, daß er wiederholt gerade Ahmad Schah Massud im Pandshir-Tal, dem erfolgreichsten Mudshahedin-Feldkommandeur, die Nachschubrouten abschnitt. Mitte 1989 wurde ihre Rivalität zur bis heute andauernden Erzfeindschaft. Damals brachten Hekmatyars Leute in einen Hinterhalt 36 Kommandeure Massuds um, darunter mehrere enge Freunde. Massud rächte sich im April 1992, als er Hekmatyars Einzug in Kabul verhinderte.

Hekmatyar tritt für die Errichtung eines islamischen Staates in Afghanistan ein. Aber nicht nach iranischen Modell: Dort herrscht die Geistlichkeit, während bei Afghanistans Mudshahedin eher weltlich gebildete, jüngere Intellektuelle wie Hekmatyar das Sagen haben. Was er sich darunter vorstellt, hat er in dem Gebiet unter seiner Kontrolle bereits vorexerziert: Er verbot öffentliches Musizieren, führte das Pflichtgebet ein und untersagte den Frauen das "ziellose Umherschlendern". Wählen dürfen sie seiner Ansicht nach sowieso nicht.

Auch sein neuer Pakt mit Rabbani ist ein reines Zweckbündnis. Es dient beiden Seiten: Rabbani, von der UNO nicht mehr anerkannt, kann seine Basis verbreitern und mehr Legitimität erwerben, und Hekmatyar ist wieder im Spiel um die Macht. Wenn der gemeinsame Gegner, die Taleban, ausgeschaltet oder neutralisiert sind, geht die Allianz wieder in die Brüche. Dann könnten die Brüder von heute wieder zu den Feinden von gestern werden.

Interview:

"Wir kämpfen nicht um die Macht"

Interview mit Scher Mohammad Abbas Stanizai von der diplomatischen Abteilung der Taleban

Sie haben in der Bundesrepublik mit deutschen Stellen gesprochen. Wie sind Sie mit den Gesprächen zufrieden?

Wir sind seit 14 Tagen hier in Deutschland. Wir hatten offizielle Gespräche mit dem Auswärtigen Amt, mit dem BMZE, mit der SPD und auch mit einigen Professoren der Universität Bonn sowie mit Parlamentsmitgliedern. Die Ergebnisse sind gut, wir sind zufrieden. Unter anderem haben wir politische Fragen erörtert und über die Situation in Afghanistan diskutiert. Wir haben auch über einige Wirtschaftsprojekte gesprochen.

Das sind die ehemaligen BRD-Entwicklungsprojekte...

Ja.

Was hat die deutsche Seite gesagt? Will sie die Projekte wieder aufnehmen?

Wir haben kein Protokoll darüber unterschrieben, aber sie haben uns gesagt, daß sie tun wollen, was sie können. Sie haben gesagt, sie wollen uns helfen, vor allem im Bildungsbereich, mit Schulma-

terialien, Lehrern usw.

Die Taleban stellen ja nicht die Regierung. Gab es deswegen nicht Probleme?

Nein, damit hatten sie keine Probleme. Sie haben uns natürlich gesagt, daß Rabbani die Zentralregierung stellt und nicht die Taleban. Aber trotzdem könnten sie für uns etwas in humanitären Belangen tun.

Auf einer Pressekonferenz in Bonn haben Sie erklärt, die Taleban wollen eine friedliche Lösung für die Probleme in Afghanistan. Wie soll die aussehen?

Wir haben das immer erklärt. Wir haben die Vereinten Nationen und befreundete Länder aufgefordert, zu kommen und eine Lösung für Afghanistan zu finden. Wir wollen nicht mit den Fraktionen kämpfen, die es schon in Afghanistan gibt. Wir sind bereit, uns mit ihnen zusammenzusetzen und eine friedliche Formel für Afghanistan zu finden.

Was halten Sie vom jüngsten Pakt zwischen Hekmatyar und Rabbani?

Wir haben auch gehört, daß sie einen Kompromiß erreicht haben und eine Regierung bilden wollen und sie Hekmatyar einige Ämter in der Regierung gegeben haben. Aber ich glaube nicht, daß sie es lange Zeit miteinander aushalten können. Es hieß ja schon mehrfach, daß Hekmatyar in die Regierung eingetreten sei. Aber nach einiger Zeit hat er das immer dementiert und wieder angefangen, gegen Rabbani zu kämpfen. Bei der jetzigen Einheit geht es um Macht und Geld. Ich hoffe, daß sie nicht lange zusammenbleiben.

Es gab ja ein ähnliches Angebot an die Taleban. Bedeuten Ihre Worte, Sie sind nicht bereit, darauf einzugehen?

Wenn sie uns wirklich deutlich machen können, daß sie für den Frieden und die Einheit Afghanistans arbeiten, daß sie ehrlich sind, daß sie ihre Waffen einer neutralen Armee übergeben und eine Regierung bilden, die für alle akzeptabel ist, dann sind wir bereit, mit ihnen zu sein.

Was bedeutet: mit ihnen zu sein?

Sie sind ja zu zweit. Vorausgesetzt, sie laden auch die anderen Fraktionen ein, die jetzt gegen sie kämpfen, und sie stellen sicher, daß sie eine für alle Gemeinschaften akzeptable Regierung bilden können, dann werden wir wohl mitmachen.

Kurz nach dem Hekmatyar-Rabbani-Pakt gab es eine Taleban-Stellungnahme aus Afghanistan auf das Angebot, ebenfalls der Regierung beizutreten, daß dies nur ein Trick sei und die Taleban den Kampf zum Sturz Rabbanis fortsetzen wollen.

Ja, das ist so gesagt worden. Wir können nicht glauben, was sie sagen. Es ist ja nicht zum ersten Mal, daß sie sich zusammenschließen. Was ich sagen will ist: Wenn sie wahrhaftig und loyal gegenüber dem Volk von Afghanistan sind, wenn sie sich ehrlich gegenüber den anderen Fraktionen verhalten, dann werden wir mit ihnen reden.

Aber zwischen fortgesetztem Krieg und einer friedlichen Lösung besteht doch ein großer Widerspruch...

Vor drei oder vier Tagen, als die ersten Kämpfer Hekmatyars nach Kabul kamen, haben sie ihre Einheit noch am selben Tag an uns ausprobiert. Sie haben im Gebiet von Tschahrasjyab einen großen Angriff gegen uns gestartet. Die Kämpfe dauerten drei Tage, und hunderte Menschen auf allen Seiten sind gestorben. Wenn sie eine friedliche Lösung wollen, warum greifen sie uns an?

Als die Taleban im vergangenen Jahr nach Afghanistan kamen, versprachen sie, den Krieg zu beenden und wurden deshalb von der Bevölkerung unterstützt. Als dann der erste Angriff auf Kabul fehlgeschlug, fingen die Taleban ebenfalls an, Raketen auf Wohngebiete zu feuern. Widerspricht das nicht Ihrem Anspruch, anders als die anderen Fraktionen zu sein?

Wir haben Rabbani, Hekmatyar und die anderen politischen Parteien aufgerufen, zusammenzukommen um eine Lösung zu finden. Aber immer, wenn wir mit ihnen sprachen, gab es kein Ergebnis, denn sie kämpfen nur wegen der Macht. Wir haben ihnen gesagt, daß wir vor allem unsere Waffen an eine neutrale Armee übergeben sollen und danach Wahlen unter der Überwachung der UNO stattfinden sollten. Aber diese Vorschläge sind immer zurückgewiesen worden, denn alle kämpfen nur um die Macht.

Einschließlich der Taleban?

Nein. Wir kämpfen nicht um die Macht. Wir sind eine Bewegung und keine politische Partei, die an Wahlen teilnehmen will.

Aber Sie schießen mit Raketen auf Zivilisten...

Das Leben der Kabuler Einwohner ist schon immer durch diese politischen Parteien bedroht worden, die ganzen letzten vier Jahre lang. Sie haben viele Menschen getötet, und wir sind hier, um die Menschen zu retten. Wenn sie [die Regierung - d.A.] nicht bereit

sind, Kabul zu verlassen, müssen wir eben kämpfen, um diese Leute aus Kabul zu vertreiben.

Sie wenden jetzt dieselben Mittel wie die Mudshahedin an. Wo ist dann der Unterschied zwischen Hekmatyar und Ihnen?

Hekmatyar hat eben eine politische Partei und will sie an die Macht bringen. Wir wollen nicht an die Macht. Wir werden unseren Kampf mit friedlichen Mitteln fortsetzen, aber wenn das nicht möglich ist, werden wir sie unter Druck setzen, bis die Grausamkeiten in Afghanistan beendet sind.

Sie sagten, Sie wollen zuerst eine "Auswahl" in Afghanistan. Was heißt das?

Ich meine, daß die Repräsentanten aller Sprachen und Provinzen zusammenkommen und eine Formel finden sollen, unter der wir freie Wahlen durchführen können.

Sie meinen eine Loya Dshirga?

In unserer traditionellen Sprache heißt das Loya Dshirga, aber wir können es auch Schura nennen. Daran sollen die Vertreter aller politischen Parteien, der Provinzen und der verschiedenen Gemeinschaften - Usbeken, Paschtunen, Tadschiken - teilnehmen.

Und die nachfolgenden freien Wahlen sollen so aussehen wie bei uns im Westen, daß alle Parteien, die wollen, daran teilnehmen können?

Natürlich, das wollen wir. Unser Ziel ist es, daß alle politischen Parteien sich ehrlich zusammensetzen sollen.

Auch die Khalqis?

Nein, die Khalqis und Partschamis, die früheren Kommunisten nicht. Sie sind Verbrecher, haben dieses Land völlig zerstört. Wir wollen, daß sie dafür bestraft werden, was sie in der Vergangenheit getan haben.

Alle? Oder nur die Führer?

Jene, die Verbrechen begangen haben. Ich rede von den Generälen, den hohen Ministern usw.

Es gibt ja Gerüchte, daß ehemalige Khalqis mit ihnen zusammen kämpfen. Stimmt das?

Das stimmt nicht. Das sagen das Kabuler Regime und unsere Gegner immer. Sie wollen uns einen schlechten Ruf anhängen, daß wir keine richtigen Afghanen seien und daß Pakistani und sogar Amerikaner bei uns seien. Aber das ist nicht wahr, und sie können das der Welt nicht beweisen.

Dürfen an den Wahlen auch die Frauen teilnehmen?

Das ist nicht unsere Angelegenheit. Das muß die künftige Regierung Afghanistans entscheiden.

Haben die Taleban keine Meinung dazu?

Doch. Wir meinen, daß die Frauen Rechte in Afghanistan haben sollen und diese entsprechend unserer islamischen Vorschriften erhalten sollen.

Als die Taleban nach Herat kamen, haben sie die Mädchenschulen geschlossen. Das Recht auf Bildung auch für Frauen steht aber selbst im Koran...

Ja, nach dem Islam haben Frauen wie Männer das gleiche Recht auf Bildung. Es gibt keinen Unterschied. Aber wir hatten in Herat bestimmte Probleme. Nachdem die Taleban Herat einnahmen, waren die Schulen ja noch einige Tage offen. Aber Sie wissen, daß Iran unser westlicher Nachbar ist und die Leute in Herat Schiiten sind. Die meisten der Lehrer und Schüler gehören zu den Schiiten und die brachten Sprengstoff mit und legten Bomben in Geschäften und Bussen. Als wir einige von ihnen festnahmen, stellten wir fest, daß diese Dinge aus Iran kamen. So beschloß die Schura, daß die Schulen geschlossen werden müssen, bis die Sicherheit wieder her-

gestellt ist.

Und wie ist die Lage jetzt?

Sie ist noch nicht sehr gut. Vor drei Tagen gab es von iranischer Seite einen Angriff auf unseren Grenzort Islamqala. Der Kampf dauerte fünf oder sechs Stunden, und wir haben 60 Menschen gefangenengenommen. Einige waren Afghanen und einige Iraner. Wir werden sie bald der Presse zeigen.

Waren das Leute von Ismail Khan?

Ja. Aber auch einige Leute aus Kabul, die zu Massud gehören. Ismail Khan ist in Iran und bildet seine Leute militärisch für einen Angriff auf Herat, Farah und Nimroz aus.

Erhält er offizielle iranische Hilfe?

Ja, wir haben Fotos von drei Militärcamps entlang der Grenze zu Afghanistan. Einige iranische Offiziere bilden sie aus und geben ihnen auch Geld, Waffen und Munition. Wir haben einige Waffen erbeutet, die aus Iran kommen. Es gibt auch iranische Transportflugzeuge. Fünf oder sechs kommen jede Nacht nach Kabul und bringen Nachschub für das Regime. Aber wir sind in Herat recht stark und wir versuchen, die Grenze zu schützen.

Vor einigen Tagen hat UN-Vermittler Mestiri sein Amt aufgegeben. Was bedeutet das für Sie?

Wir haben das gehört. Einige Leute sagen, er könnte durch einen Deutschen ersetzt werden. Aber wir wissen noch nichts Offizielles.

Wie waren die Beziehungen zwischen Herrn Mestiri und den Taleban?

Wir hatten gute Beziehungen. Immer, wenn er nach Kandahar kam, hatten wir gute Gespräche mit ihm. Wir haben ihm gesagt, daß er als Vertreter der UNO eine Friedenslösung nach Afghanistan bringen kann, daß er willkommen ist. Aber leider hatte er in den vergangenen Jahren keinen Erfolg bei seinen Bemühungen.

Mestiris Position war, daß die Kabuler Regierung nicht legitimiert sei. Befürchten Sie nach seinem Rücktritt und angesichts der Verständigung zwischen Rabbani und Hekmatyar eine Änderung der UN-Politik?

Nein, die Pläne Mestiris als UN-Vertreter sind ja immer gerade von Rabbani und Massud zurückgewiesen worden, weil sie nicht die Macht übergeben wollten. Wer auch immer kommen wird, wir werden ihm gegenüber kooperativ sein. Wir werden unser bestes versuchen, daß er oder sie erfolgreich ist.

Hatten Sie schon Kontakt zum möglichen Mestiri-Nachfolger, Herrn Holl aus dem Auswärtigen Amt?

Nein. Es steht ja auch noch nicht fest. Aber das afghanische Volk hatte schon immer gute Beziehungen zum deutschen Volk und der deutschen Regierung. Sie haben uns in unseren 14 Jahren Kampf gegen die Russen unterstützt, und es gibt eine lange Freundschaft. Deshalb hoffen wir, daß wenn von der UNO ein Deutscher ernannt wird, er sich für die afghanischen Belange engagiert.

Sie haben auch wichtige Exil-Afghanen getroffen. Wie waren diese Gespräche?

Wir haben Dr. Yussuf, den ehemaligen Premierminister, Samad Hamed und Dr. Popal, den ehemaligen Erziehungsminister, getroffen. Wir haben kurz die Lage in Afghanistan diskutiert, und wir haben ihnen unsere Ansichten und Pläne dargelegt. Sie haben das zur Kenntnis genommen und uns versprochen, daß sie ebenfalls Druck auf die anderen Parteien ausüben werden, damit sie zusammenkommen und eine friedliche Lösung für Afghanistan finden.

Waren Ihre Gesprächspartner bereit, mit den Taleban zusammenzugehen?

Nein, sie werden uns nicht beitreten. Aber mental hatte ich den Eindruck, daß sie für uns sind.

(Das Interview führte Thomas Ruttig)

Afghanistan - eine schwierige Nation

von Conrad Schetter

Seit nunmehr 16 Jahren dauert der "vergessene" Krieg in Afghanistan an. Das Land droht in Kleinstaat zu zerfallen, die bereits eigene Pässe ausgeben und über eigene Währungen verfügen. Die Teilung des Landes verläuft vorwiegend entlang ethnischer Grenzen, die historisch gewachsen sind und schon vor dem Krieg der Einheit des afghanischen Volkes im Wege standen. Ethnizität bildet nun den entscheidenden Faktor im Afghanistan-Krieg.

Afghanen versuchen gerne, den im eigenen Land tobenden Krieg als eine interne Angelegenheit darzustellen, die für einen außenstehenden Betrachter ungreiflich ist. Die Schuld für den Krieg wird in der Regel einzelnen 'Warlords' oder bestimmten ausländischen Mächten zugeschrieben. Würden diese Kriegstreiber beseitigt, so die gängige Meinung unter Afghanen, stünde einer friedlichen Koexistenz der afghanischen Bevölkerung nichts im Wege. Diese Sichtweise verträgt sich nicht mit einer gleichzeitigen Betonung der Ethnizität als entscheidender Kriegsursache. So bedroht

die Hervorhebung der Ethnizität den Mythos der Einheit des afghanischen Volkes und betont stattdessen die Zerrissenheit des Landes entlang ethnischer Grenzen. Doch mehren sich gerade in den letzten Jahren die Anzeichen dafür, daß Ethnizität tatsächlich den Afghanistankonflikt stärker beeinflusst als andere Faktoren.

Das ethnische Konfliktpotential

In Afghanistan lebt eine Vielzahl von Gruppen, die sich nach Religion, Lebensweise oder Sprache stark voneinan-

der unterscheiden. Die Herausbildung dieser enormen kulturellen Vielfalt wurde durch den Gebirgscharakter Afghanistans begünstigt. So bilden der Hindukusch und seine angrenzenden Gebirgszüge seit alters her wichtige Barrieren zwischen dem persischen, dem indischen und dem mittelasiatischen Kulturraum. Diese Grenzlage ließ Afghanistan zur "crossroad of different cultures" (Rishtia, 1991) werden. Auch führte die Unwegsamkeit dieser Hochgebirge zur Ausbildung zahlreicher ökologischer Nischen, in die sich Bevölkerungsgruppen zurückziehen konnten, die sich in ihrer